

Eine Vielzahl von atomar bewaffneten Staaten?

Autor(en): **Brunner, Dominique**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **81 (2006)**

Heft 3

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-714617>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Eine Vielzahl von atomar bewaffneten Staaten?

Schreckgespenst oder reale Bedrohung?

In den Sechzigerjahren tagte in Genf die so genannte 18-Mächte-Konferenz, im Rahmen der UNO, der die Aufgabe gestellt war, eine allgemein akzeptable Lösung des Problems vorzuschlagen, das sich nach allgemeinem Empfinden aus der Gefahr oder der Wahrscheinlichkeit einer rapiden Zunahme der Atomwaffen besitzenden Staaten ergab. Diese Verhandlungen blieben ergebnislos, bis sich die zwei ersten Atom-mächte, die USA und die Sowjetunion, die zu diesem Zeitpunkt über eindrückliche, Furcht einflössende Arsenale verfügten, auf einen Vertragsentwurf 1968 einigten. Diese «Vaterschaft» – der zwei ersten Atommächte, der USA seit 1945, der Sowjetunion seit 1949, zu welchen sich Grossbritannien gesellte – ist aufschlussreich.

Ab den Fünfzigerjahren hatte sich die Absicht weiterer Staaten abgezeichnet, sich Nuklearwaffen zuzulegen. Das waren zunächst Frankreich und China, die in der Tat



*Oberst i Gst a D
Dominique Brunner,
Zürich*

in den exklusiven Atomklub in den Sechzigerjahren vorsties. Damit war der Kreis der über diese Waffe verfügenden Nationen zunächst bestimmt. Er deckte sich auffällig mit den Siegermächten von 1945, die massgebend die UNO aus der Taufe gehoben hatten (mit dem Unterschied, dass in China ein Regimewechsel erfolgte und es die kommunistische Führung war, die die Volksrepublik auf den nuklearen Pfad führte, nachträglich sehr zum Ärger der Sowjets; im Zuge der Normalisierung der Beziehungen zu den USA und nach einem Entscheid der UNO-Vollversammlung für die Aufnahme der Volksrepublik, nahm diese ihren Sitz im Sicherheitsrat ein). Diese fünf Mächte schienen kraft der Macht des Faktischen berufen, das Monopol auf die «letzte Waffe» beanspruchen zu können. Sie nahmen als die «Grossen Fünf», die ständigen, mit dem Vetorecht ausgestatteten Mitglieder des

Sicherheitsrates eine hervorgehobene Stellung ein.

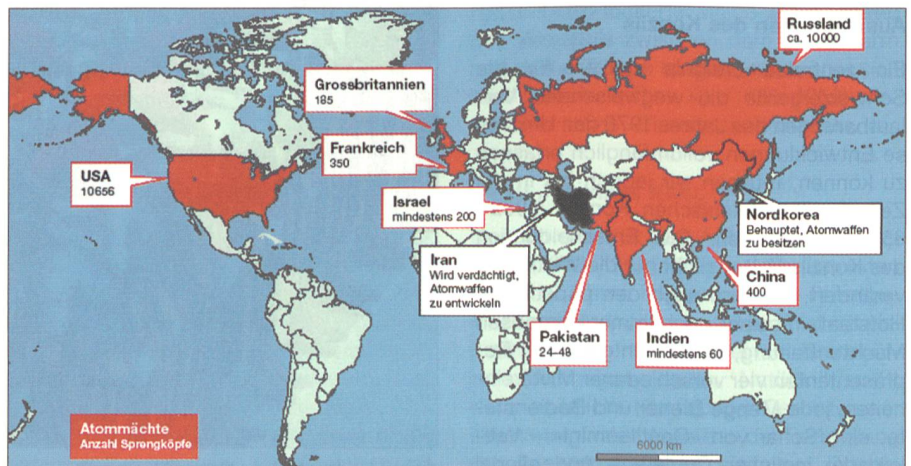
Verbreitetes Bedürfnis nach eigenen Atomwaffen?

Man kann den Entschluss der grossen Mehrheit der Staaten, gemäss der Einladung der drei erstgenannten Atommächte dem «Non-Proliferation Treaty» (NPT) unter der Schirmherrschaft der UNO beizutreten, auf verschiedene Motive zurückführen. Die Tatsache, dass es seit 1945 Atomwaffen gibt und dass die Verfügungsgewalt über diese längere Zeit dem oben beschriebenen Kreis vorbehalten war. Dann der Umstand, dass bei näherem Zusehen die meisten Staaten kein ausgesprochenes Bedürfnis empfanden, sich mit dieser Waffe auszurüsten. Die Diskussion über die Proliferation hatte bereits vor der Unterzeichnung des NPT diesen Aspekt hervorgehoben: dass die Mehrheit der Staaten nicht darauf erpicht sei, diese Waffen zu beschaffen, sei es, dass sie sich nicht relevant bedroht fühlten oder, umgekehrt, nicht eine aggressive Aussenpolitik betreiben oder planen, sei es, dass sie mit einer Nuklearmacht verbündet waren oder/und dass sie die Kosten scheuten, die mit dieser Rüstung in verschiedener Hinsicht verbunden sind. Dieses Urteil hat sich im Wesentlichen über die Jahre als richtig erwiesen.

Von besonderer Bedeutung ist es, dass diese Waffen seit ihrem erstmaligen Einsatz vor 60 Jahren – gegen das damals imperialistische Japan, das weite Teile Chinas, Südostasien, die Philippinen erobert und die USA angegriffen hatte – nie wieder eingesetzt wurden. Das ist historisch einmalig und belegt, dass der Mensch doch rational handeln kann, wenn der

Preis für irrationales Handeln keinem Zweifel unterliegen kann und je nach dem exorbitant ist, d.h. auf die Vernichtung von Dutzenden von Millionen Menschen und gewaltige materielle Schäden hinausläuft. (Der amerikanische Verteidigungsminister R. MacNamara legte z.B. 1968 dar, dass die USA nach Erdulden eines sowjetischen Grossangriffes der UdSSR Verluste in der Grössenordnung von 74 Millionen Opfern und 75 Prozent der Industrie zufügen könnten.) Dass die ursprünglichen zunächst drei, später fünf Atommächte sich über dieses Mass an Rationalität ausgewiesen haben und sie ungeachtet der Grossmachtrivalität und ernster ideologischer Gegensätze das Risiko der Eskalation fast immer tunlichst gemieden haben oder mindestens rechtzeitig zurückgewichen sind, ist mittlerweile geschichtliche Realität.

Die oft zitierte Krise, die im Herbst 1962 durch den provokativen Schachzug der Sowjetunion entfesselt wurde, in Kuba Mittelstreckenraketen, 72 SS-4 und SS-5, einsatzbereit zu machen, war ohne Zweifel ernst, hat aber die Welt nicht an den Abgrund eines dritten, nun auch nuklear ausgetragenen Weltkrieges geführt, wie fantasievolle Schilderungen bis auf den heutigen Tag glauben machen. Raymond Aron (République Impériale, les Etats-Unis dans le monde, 1973) stellte fest, dass das im Verlauf der Krise irrationale Entscheidungen der Verantwortlichen auf beiden Seiten vorausgesetzt hätte. Die Sowjetführung hätte die enorme atomare Überlegenheit der USA – Anfang der Sechzigerjahre rund 7000 Atomwaffen gegenüber 500 der Sowjetunion (Department of Defense, 1.2.83) – und deren ungleich grösseren, namentlich geografisch bedingten Handlungsspielraum völlig ignorieren müssen,



Die Welt strotzt vor einsatzbereiten Atomsprengköpfen. Bekannte und vermutete Atommächte.

um nicht klein beizugeben, nachdem der Bluff in Washington nicht verfangen hatte. Aron bemerkte: «Heute noch halte ich es für wahrscheinlich, dass (amerikanische) Luftangriffe auf die Raketenabschussrampen keineswegs den Atomkrieg ausgelöst hätten, benachteiligten doch die Umstände, unter denen die Krise ablief, die Sowjets zu sehr ...» Auch das Verhalten der beiden Grossmächte unter anderen rüstungsmässigen und politischen Voraussetzungen, als sie im Begriff standen, die Eskalationsspirale in Gang zu setzen, bestätigte die «atmosphère de prudence essentiellement stabilisatrice», die die Atomwaffen hervorgerufen.

Bestätigte Vorsicht der Supermächte

Das ereignete sich in der Tat gegen Ende des Jom-Kippur-Krieges (Oktober 1973), als die anfangs überrumpelten Israelis nun in der Vorhand waren und eine ägyptische Armee östlich des Suezkanals eingekesselt hatten. Die Sowjetunion machte Anstalten, eigene Truppen im Rhythmus von 5000 Mann täglich auf dem Luftweg nach Ägypten zu verschieben. Die Amerikaner reagierten mit ernststen Bereitschaftsmassnahmen (im Wesentlichen wurde der Zustand der Kriegsgefahr, «Defcon II», angeordnet), was ausreichte, die beiden Mächte zur schnellen Deeskalation zu veranlassen (siehe dazu Henry Kissinger in «Years of Upheaval»). Dabei hatte sich das nukleare Kräfteverhältnis seit 1962 zu Gunsten der Sowjetunion verschoben. Nun hatten die Sowjets hinsichtlich der weit tragenden Lenkwaffen einen zahlenmässigen Vorsprung erreicht – das SALT-Abkommen von 1972 bestätigte ihnen 2358 Abschussvorrichtungen für Interkontinentalenkwaffen, am Boden und auf U-Booten, gegen 1710 auf amerikanischer Seite (die USA behielten andererseits ins Gewicht fallende qualitative Vorteile).

Durchaus in Übereinstimmung mit diesem Nichteinsatz «der Bombe» während mehr als eines halben Jahrhunderts sind ausdrückliche, ernst gemeinte Drohungen gegenüber nicht nuklear gerüsteten Staaten in derselben Zeitspanne schwer nachzuweisen. Bekannt ist die mehr oder weniger offene Drohung mit dem Einsatz von Nuklearwaffen gegen London und Paris im Kontext der Suezkrise im Herbst 1956 durch die Sowjetunion, die aber eindeutig ein Bluff war, eine an die frisch gewonnene arabische Klientel gerichtete Geste. General André Beaufre, der berühmte Strategieautor, stellt in seinem Bericht «L'Expédition de Suez» (1967), und er musste es ja wissen als Oberbefehlshaber der französischen Landtruppen in der Operation, fest: «... il s'agissait d'un message où la possibilité pour les Soviétiques d'employer des armes atomiques était indiquée dans une formule indirecte». Für die Sowjets wäre das ein «Vabanque-Spiel» ohne-



Nukleare Explosion: Auch kleinformatische Bomben könnten Hunderttausende töten.

gleiches gewesen, schlimmer noch als das Raketenabenteuer von Kuba 1962, denn die Schlagkraft der amerikanischen Bomber-Armada war überwältigend. Natürlich waren sich die Gegner der Supermächte, USA und Sowjetunion, etwa die Nordkoreaner oder Vietnamesen, die Krieg gegen die USA führten, oder die Chinesen, die den mächtigen Nachbarn am Ussuri provozierten, der Tatsache bewusst, dass sie sich mit haushoch überlegenen Atomwaffen nicht fürchten zu müssen. Andererseits blieb jeder direkte Zusammenstoss zwischen den beiden Grossen dort aus, wo die Gefahr der Eskalation auf die nukleare Stufe nicht von der Hand zu weisen war oder wahrscheinlich erschien: in Europa, im Nordatlantik, im Mittelmeer.

Nur ein paar Staaten wollten ernsthaft Atommacht werden

Die Gefahr eines sprunghaften Anstiegs der über einsetzbare Nuklearwaffen verfügenden Staaten hat sich nicht konkretisiert, es hat sich «nur» eine Handvoll Staaten ernsthaft und teilweise mit Erfolg um den Erwerb von Atomwaffen bemüht. Ihr gemeinsames Merkmal ist, dass sie in Konflikte mit Nachbarn verstrickt sind, deren Wurzeln zumeist in die Zeit ihrer Staatswerdung zurückreichen. Das gilt für Israel, für Indien, für Pakistan und für Nordkorea. Die Konflikte der drei Erstgenannten sind potenziell mit Sprengstoff geladen, weil sich ein religiöser Gegensatz mit territorialen Ansprüchen verbindet. Diese Staaten wurden unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg unter direkter, massgebender Mitwirkung der Briten geschaffen. In Bezug auf Palästina ist allerdings in Rechnung zu stellen, dass Grossbritannien, von der von Juden und Arabern entfesselten Anarchie empört und angesichts des Beschlusses der UNO, das Land zu teilen, seine Truppen, zirka 100000 Mann, am 1. Juli 1948 abgezogen hatte. Nordkorea ist ein Überbleibsel des Stalinitismus, also der Phase kommunistischer Expansion nach 1945, wovon das Regime erratisch zeugt. Der Irak der Baathpartei

strebte nach Atomwaffen, um die Megalomanie des blutrünstigen Tyrannen Saddam Hussein zu befriedigen. Ein ernsthafter Versuch, ein Einsatzmittel in Form einer Riesenkanone zu konstruieren, die nukleare Ladungen verschossen hätte, scheiterte wohl im Zusammenhang mit dem Feldzug zur Befreiung von Kuwait 1991 unter amerikanischem Kommando. «Die Pläne des Iraks, verschiedene grosskalibrige Geschütze, insbesondere aber eine monströse Kanone mit einer Rohrlänge von 150 Metern und einem Kaliber von 100 Zentimetern zu bauen, waren militärisch von Anfang an fragwürdig, um nicht zu sagen unsinnig» (der Schreibende in NZZ, 27. Juli 1995). Nicht zuletzt deswegen war das Überbetonen der vom Irak ausgehenden nuklearen Bedrohung durch die Amerikaner 2002/2003 ein strategischer Fehler. Die Entfesselung zweier Kriege, der eine hat acht Jahre gedauert und kostete rund einer Million Menschen das Leben, und die rücksichtslose Unterdrückung der Mehrheit des eigenen Volkes waren Grund genug, mit dieser ruchlosen Diktatur aufzuräumen!

Israel, Indien und Pakistan sind effektiv Atomwaffenmächte. Das ist schwerlich rückgängig zu machen. Von Indien und Israel ist rationales Verhalten im Lichte aller Erfahrung zu erwarten. Gegenüber Pakistan sind deutlichere Vorbehalte angezeigt, was mit der islamischen Unrast im Lande, namentlich in der Grenzregion zu Afghanistan zusammenhängt. Ein mässiges Einwirken der USA und Chinas, alte Verbündete Pakistans, drängt sich auf. Und es ist nicht verboten, auf die erwiesene gewissermassen domestizierende Wirkung des Status als Nuklearmacht zu setzen. Bleibt der von Predigern beherrschte Iran. Eine Art Theokratie ist in unserer Zeit – und seit Reformation, Aufklärung, der Entstehung stabiler demokratischer Rechtsstaaten, angefangen mit England und den USA, und Industrialisierung – unverständlich, namentlich wenn sie genug Beispiele ihrer Irrationalität und des Obskurantismus geliefert hat. Und wenn die Priesterherrschaft die Hand nach Atomwaffen ausstreckt, dann ist wahrlich Gefahr im Verzug. Das wäre Anlass genug zu einem wohl überlegten Zusammenwirken der Nuklearmächte USA, Russland und China, um mit einer Mischung von Druck und Belohnung die Gefahr abzuwenden. Russland wäre wohl beraten, kurzfristige Interessen hintanzustellen angesichts seiner sich überdurchschnittlich vermehrenden, dem Islam anhängenden Minderheiten.

Die Hauptmächte haben tatsächlich ihre atomaren Rüstungen begrenzt und teilweise abgebaut

Das führt zur abschliessenden Feststellung, dass die fünf ersten Atomwaffenmächte aufs Ganze gesehen durchaus verantwort-

tungsvoll gehandelt haben und Massstäbe für den Umgang mit der einzigen wirklichen Massenvernichtungswaffe im Verlauf einer repräsentativen Zeitspanne gesetzt haben. Das bedeutet auch, dass das Verschwinden ihrer Potenziale grundsätzlich die Stabilität in aller Welt nicht erhöhen, sondern entstabilisierend wirken würde. General Beaufre hat wohl überlegt geschrieben, «que la disparition de la dissuasion nucléaire serait une catastrophe». Ihre Bewährungsprobe hat die auf zu rationalem Handeln befähigten Mächte beschränkte bisherige Zusammensetzung des Atomklubs in 40 Jahren Ost-West-Konfrontation und insbesondere angesichts des Unterganges des schwer gerüsteten sowjetischen Imperiums bestanden. Diesem «Leistungsausweis» steht die Tatsache gegenüber, dass die herkömmlichen, die «konventionellen» Kriege seit 1945 rund 20 Millionen Todesopfer gefordert haben. Die «Abschreckung», die die Atomwaffen hervorrufen, hat eine heilsame Ernüchterung bewirkt, derweil der konventionelle Krieg dort «Konjunktur» hatte, wo offenbar keine oder nur eine minimale Eskalationsgefahr bestand.

Im Übrigen ist es verständlich, wenn die so genannten «Habenichtse» seit den Anfängen des Atomsperrvertrages fordern, dass die Atommächte, lies die USA und Russland, ihre nuklearen Rüstungen begrenzen – solange diese Habenichtse nicht der Illusion erliegen, das wäre der Weg zur allgemeinen und totalen Abrüstung. Die USA und die Sowjetunion, dann Russland, haben seit 1972 – SALT I – über START I und II und schliesslich dem «Strategic Offensive Reduction Treaty» einen markanten Abbau ihrer weit reichenden Arsenale vereinbart. SALT baute nicht ab, sondern bestätigte den Istzustand. START I (31.7.1991) sah erstmals eine partielle Abrüstung vor, die START II (3.1.1993) verschärfte – statt einem Plafond von 6000 zugelassenen Sprengköpfen/Bomben pro Macht nur mehr 3000 bis 3500, ausgehend von mehr als 10 000 in den Achtzigerjah-

ren. Und dieses Abkommen verbot Mehrfachsprengköpfe (MIRV) in landgestützten Interkontinentalwaffen (ICBM). Am 24. Mai 2002 unterzeichneten Bush und Putin den bis 2012 zu vollziehenden Vertrag, der sehr spürbare Reduktionen der beiderseitigen Waffenbestände verankert. Der Bestand an über interkontinentale Distanzen ein-

setzbaren Sprengköpfen/Bomben wird auf 1700 bis 2200 pro Macht gesenkt. Es ist also nicht wahr, dass die Grossmächte nicht gehandelt hätten. Und 1987 haben sie die Abschaffung der Mittelstreckenlenk Waffen am Boden mit dem INF-Vertrag vereinbart und diese Abmachung innert kurzer Frist in die Tat umgesetzt! ☒

Neue Chefin des Rotkreuzdienstes



Oberst RKD Brigitta Rindlisbacher ist neue Chefin des Rotkreuzdienstes. Der Rotkreuzdienst umfasst Frauen mit qualifizierter medizinischer Ausbildung, die in der von Henry Duntant begründeten Rotkreuz-Tradition freiwillig Militärdienst zur Unterstützung des Sanitätsdienstes der Armee leisten. Sie kommen bei normalen Dienstleistungen zum Einsatz, im Rahmen des Koordinierten Sanitätsdienstes, aber auch in ausserordentlichen Lagen, wie sie beispielsweise im Falle einer gravierenden Epidemie oder einer Grosskatastrophe eintreten könnten.

Die Wahl erfolgte durch den Direktor des Schweizerischen Roten Kreuzes im Einvernehmen mit dem Oberfeldarzt der Armee auf den 1.1.2006 unter gleichzeitiger Beförderung zum Oberst RKD. Frau Rindlisbacher löst als Chefin des Rotkreuzdienstes und Leiterin der

beim SRK angesiedelten Dienststelle RKD die altershalber zurückgetretene Oberst RKD Beatrice Magnin ab, nachdem sie seit 2004 als deren Stellvertreterin gewirkt hatte. Frau Magnin hatte den RKD während 15 Jahren geleitet. Sie leistete während dieser Zeit einen massgeblichen Beitrag zum heutigen Entwicklungsstand des Dienstes und zu dessen Vernetzung innerhalb SRK und VBS bzw. Armee.

Frau Rindlisbacher war beruflich zuvor im Schweizerischen Roten Kreuz in der Abteilung Kommunikation tätig. Vorher wirkte sie als Laborantin im Insepspital, als Fachbeamtin in der Untergruppe Friedensförderung und Sicherheitskooperation und in der Untergruppe Sanität des VBS. Ausserdem war sie in der Privatwirtschaft tätig. Neben ihren Dienstleistungen im Rahmen des RKD seit 1978 war Frau Rindlisbacher für die UNO vier Monate in der ersten Swiss Medical Unit in Namibia und sechs Monate als Militärbeobachterin der UN-MOP in Kroatien im Einsatz.

Auch der «Schweizer Soldat» gratuliert

Der «Schweizer Soldat» stellt sich erfreut in den Kreis der Gratulanten.

Wir wissen um den unermüdlichen Einsatz von Oberst RKD Brigitta Rindlisbacher für «ihren» Rotkreuzdienst. Ob am Bürotisch in Bern, in der 1. Swiss Medical Unit in Namibia oder als Militärbeobachterin in Kroatien, überall leistete sie hervorragende Arbeit.

Wir gratulieren Oberst RKD Brigitta Rindlisbacher ganz herzlich zur Beförderung. Eine treue Leserin des «Schweizer Soldat» verdient unsere herzlichen Glückwünsche.

Oberst Werner Hungerbühler,
Chefredaktor

Marktplatz

Diverses

11. Militariabörse in 8636 Wald/ZH, im Gasthof Schwert. Samstag, 11. März 2006, 08.00–11.30 Uhr. Blankwaffen, Kopfbedeckungen, Uniformen, Abzeichen, Bücher usw.
Auskünfte Telefon 055 246 31 69, ab 20.00 Uhr.

www.schweizer-soldat.ch

Inserateschluss für die Ausgabe April 2006:
9. März 2006

Hotline für Inserataufträge

Tel. 052 723 56 68

Fax 052 721 65 04

E-Mail: w.roduner@huber.ch